

## **Linksdemokratische Parteien in Europa - ein zukunftsorientiertes politisches Projekt in einer erweiterten Europäischen Union?**

4. Europäische Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Warschau, 29.-31. Oktober 2003

Kalevi Suomela  
Vorsitzender des internationalen Komitees  
Linksbund, Finnland

### **Der Linksbund Finnlands und die Europäische Union - ein zwiespältiges Verhältnis**

Ziel dieses Beitrags ist es, die Herausforderungen zu erörtern, die Finnlands Beitritt zur Europäischen Union im Jahre 1995 für den Linksbund (LA) in Finnland mit sich gebracht hat. Die Situation ist insofern schwierig für die Partei, als dass die Führungsspitze der Partei die Einbindung in die Europäische Union vorwiegend als Chance ansieht, während der Großteil der Parteianhänger diese als Bedrohung der von ihnen als wichtig erachteten Werte betrachtet.

Bevor ich auf die Europapolitik des Linksbundes eingehe, möchte ich zunächst einen allgemeinen Überblick über Finnland und den Linksbund geben.

## 1. Überblick

### 1.1 Finnland

Finnland ist heute als kleine hochentwickelte Industrienation im Norden Europas bekannt. Das Land hat ca. 5 Millionen Einwohner, von denen etwa 20 % im Großraum der Hauptstadt Helsinki leben. Obgleich das ganze Land einschließlich Lapplands im Norden besiedelt ist, lebt der Großteil der Bevölkerung im südwestlichen Teil des Landes.

Seit Mitte des 12. Jahrhunderts war Finnland über sechs Jahrhunderte lang ein fester Bestandteil Schwedens. Politisch gesehen hatten die finnischen Provinzen den gleichen Status wie die Provinzen Schwedens, insofern konnte man Finnland nicht als Kolonie bezeichnen. Schon sehr früh begannen schwedische Siedler, sich sowohl an der Westküste (am Bottnischen Meerbusen) als auch an der Südküste (am Finnischen Meerbusen) niederzulassen. Aus diesem Grund ist Finnland heute immer noch zweisprachig, und für 5,5 % aller Finnen ist Schwedisch sogar die Muttersprache. Diese lange gemeinsame Beziehung zwischen Finnland und Schweden hat eine bleibende Verbindung zwischen den beiden Ländern geschaffen und bis heute einen nachhaltigen Einfluss auf die finnische Kultur.

Im Jahre 1703 begann der russische Zar Peter der Große mit dem Bau von St. Petersburg am östlichsten Zipfel des Finnischen Meerbusens. Um die neue Hauptstadt des Landes zu schützen, annektierte Russland 1743 das südöstliche Gebiet Finnlands (Karelien). Das gesamte Territorium Finnlands wurde im Jahre 1808 nach einer Abmachung mit Napoleon und nach dem Krieg gegen Schweden von Russland annektiert. Karelien wurde an die Finnen zurückgegeben, und Finnland selbst wurde autonomes Großfürstentum, dessen konstitutioneller Monarch der russische Zar war.

1905 geriet der russische Zar im Krieg gegen Japan in Ostasien unter Druck. Diese Tatsache gab der neu gegründeten Arbeiterbewegung im ganzen Reich - in Finnland auch der nationalen Bewegung - die Möglichkeit, Forderungen nach mehr Demokratie zu stellen. In Russland wurde die Duma gegründet und im Großfürstentum Finnland ein Parlament geschaffen. In Finnland wurde zudem das allgemeine Wahlrecht für alle Bürger eingeführt, auch für Frauen, wodurch die Frauen Finnlands zu den ersten in der Welt gehörten, denen das Wahlrecht für Parlamentswahlen erteilt wurde. Die ersten Wahlen zum neuen Einkammerparlament wurden 1907 abgehalten.

Der juristische Einfluss des neuen finnischen Parlaments war zu dieser Zeit schwach, da das Land immer noch ein Großfürstentum unter der Herrschaft des russischen Zaren war. Politisch gesehen war die Position des Parlaments jedoch sehr bedeutsam. In den Wahlen erhielt die neu gegründete Sozialdemokratische Partei (1899/1903) 80 der 200 zu vergebenen Sitze. Dieses Ergebnis zeigte, dass sich die Arbeiterbewegung etabliert hatte und nun über eine gute Ausgangssituation für die weitere Mobilisierung der Kräfte verfügte.

Die Russische Revolution von 1917 gab Finnland die Möglichkeit, die vollständige Unabhängigkeit von Russland zu fordern. Am 6. Dezember verabschiedete das finnische Parlament seine Unabhängigkeitserklärung, die noch im gleichen Monat von der bolschewistischen Regierung angenommen wurde. Doch der Start in die neue Unabhängigkeit war alles andere als einfach. Im Januar 1918 kam es zum Bürgerkrieg zwischen Roten (Sozialdemokraten) und Weißen (Nicht-Sozialisten und Bourgeoisie). Dieser Krieg hinterließ für Jahrzehnte tiefe Narben und gegenseitiges Misstrauen in der finnischen Gesellschaft.

Die Hauptanführer der aufständischen Roten flohen nach Russland. Im Herbst 1918 gründeten finnische Asylanten die Finnische Kommunistische Partei in Moskau, das die Bolschewisten inzwischen zur neuen Hauptstadt Sowjetrusslands gemacht hatten. Die Partei

wurde in Finnland sofort für illegal erklärt. Dieser Zustand wurde erst 1944 aufgehoben, als die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetunion und Finnland beendet waren.

Wirtschaftlich gesehen war die Zeit des Großfürstentums von Vorteil für Finnland, insbesondere ab 1840. Mit dem Beginn der Industrialisierung konnte die finnische Industrie nicht nur von den Exporten gen Westen profitieren, sondern auch vom Handel mit Russland, bei dem sie bessere Konditionen bieten konnte als die westlichen Konkurrenten. Finnland war in der Lage, eigene Zollbestimmungen durchzusetzen, auch im Handel mit Russland. 1863 wurde mit der Finnmark eine eigenständige Währung in Finnland eingeführt.

Trotz der frühen Industrialisierung des Landes war Finnland bis kurz vor dem 2. Weltkrieg ein Agrarland. Als 1939 der Krieg ausbrach, lebten immer noch ca. 60 % der Finnen von der Landwirtschaft. Mit dem Ende des Krieges vollzog sich jedoch eine rasante industrielle Entwicklung mit bedeutenden Fortschritten in der Wirtschaft, so dass heute nur noch etwa 8 % der arbeitenden Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sind. Aufgrund einer starken Urbanisierung leben heute 80 % aller Finnen in den Städten.

Die nationale Bewegung Finnlands des 19. Jahrhunderts stand selbstverständlich unter dem Einfluss anderer europäischer nationaler Bewegungen jener Zeit. Merkmal der finnischen Bewegung war ihre Gewaltfreiheit sowie ihr Ruf nach Bildung für die gesamte Bevölkerung. Bildung wurde als Grundlage für wirtschaftliches Wachstum, für eine gute und legitime Regierungsführung und für die Unterstützung der nationalen Sache angesehen. Das noch bis heute andauernde Erbe dieser Zeit spiegelt sich in der großen Wertschätzung von Bildung in allen Bevölkerungsschichten wider.

Im November 1939 erklärte die Sowjetunion Finnland den Krieg. Zu diesem Zeitpunkt bestand immer noch der gerade zuvor beschlossene Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Hitler-Deutschland. Vor dem Ausbruch dieses Krieges ging es in den Verhandlungen ursprünglich um die Frage, Karelien zum Schutz Leningrads an die Sowjetunion abzutreten. Dabei beharrte Finnland auf seinem Recht, neutral zu bleiben und somit keine Gefahr für die Sowjetunion und Leningrad darzustellen. Der Sowjetunion passte diese Haltung nicht, und so entschloss man sich, ganz Finnland zu besetzen. Die Sowjetunion installierte eine finnische „Gegenregierung“ aus in Moskau lebenden finnischen Kommunisten. Dann folgte die Kriegserklärung.

Der Sowjetunion gelang es jedoch nicht, in dem drei Monate währenden Krieg Finnland einzunehmen. Man hatte erwartet, dass einige Finnen sich auf die Seite der Sowjetunion schlagen würden. Diese Erwartung wurde jedoch enttäuscht. Allerdings gelang den sowjetischen Truppen die Einnahme von Karelien, das im Rahmen des späteren Friedensabkommens an die Sowjetunion ging.

Als im Juni 1941 Deutschland mit dem Unternehmen Barbarossa den Krieg gegen die Sowjetunion begann, schloss sich Finnland dem Angriff an. Es wurde allerdings diplomatisch erklärt, dass Finnland nicht als Verbündeter von Deutschland agiere, sondern seinen eigenen unabhängigen Kampf als Streitpartei führe, um Karelien zurückzugewinnen. Als jedoch die finnischen Truppen sehr schnell die alten Grenzen erreichten, überschritten und tief nach Ost-Karelien (welches nie zu Finnland gehört hatte) vordrangen, verlor diese diplomatische Erklärung verständlicherweise sehr stark an Glaubwürdigkeit.

Im Herbst 1944 wurden die finnischen Truppen von sowjetischen Truppenverbänden zurückgedrängt. Hätte die Sowjetunion ihre gesamten Truppen eingesetzt, hätte Finnland leicht eingenommen werden können. Zu diesem Zeitpunkt war bereits ganz Karelien besetzt, gleichzeitig jedoch begann der gezielte Vormarsch der sowjetischen Truppen in Richtung Mitteleuropa und auf Berlin. Und

da dafür alle Truppen gebraucht wurden, entging Finnland einer sowjetischen Besetzung. Kurz danach wurde ein Friedensvertrag zwischen der Sowjetunion und Finnland abgeschlossen, wobei Karelien annektiert und die einige Kilometer westlich von Helsinki gelegene Halbinsel Porkkala für 50 Jahre an die Sowjetunion abgetreten wurde, die sie in den folgenden Jahren als Marinestützpunkt nutzte. (Porkkala wurde aber bereits 1955 im Geist der in Genf gepflegten internationalen Beziehungen an Finnland zurückgegeben.)

Der Ausgang des Krieges hatte einen großen Einfluss auf die finnische Politik. Die feindliche, jedoch später neutral-gelassene Haltung zwischen den beiden Weltkriegen gegenüber dem Nachbarland Sowjetunion musste in eine offizielle Freundschaft umgewandelt werden. Nach Abschluss des Friedensvertrages von Paris im Februar 1947, den die Alliierten und Finnland (und zusätzlich auch Italien, Bulgarien, Rumänien und Ungarn) unterzeichneten, begann Finnland Verhandlungen mit der Sowjetunion über einen bilateralen Freundschaftsvertrag. Im Jahr darauf wurde der sogenannte Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Beistand (finnische Abk. „YVA-Vertrag“) zwischen beiden Ländern abgeschlossen. Der Vertrag erkannte Finnlands Neutralität in der Form an, dass er dem Land das Recht zusicherte, sich auf der politischen Bühne aus internationalen Konflikten und Konfrontationen zwischen den Großmächten heraushalten zu können. Gleichzeitig verpflichtete sich Finnland, sein eigenes Territorium mit militärischen Mitteln zu verteidigen (wenn nötig mit Hilfe sowjetischer Truppen), sollte die Sowjetunion auf indirektem Wege über Finnland von Deutschland oder dessen Verbündeten angegriffen werden.

Es wurde bis zum Zerfall der Sowjetunion nie nötig, die militärische Seite des YVA-Vertrages in die Tat umzusetzen. Der finnischen Neutralität gab der Vertrag eine besondere Note, die sich aber eher hilfreich als hinderlich bei Finnlands Bemühungen erwies, in der internationalen Politik eine aktive und konstruktive Rolle zu spielen. Dazu gehörte zum Beispiel die

Unterstützung der UN-Friedenstruppen oder der europäischen Sicherheitspolitik im Rahmen der KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) und später der OSZE.

1961 wurde Finnland assoziiertes Mitglied der Europäischen Freihandelszone (EFTA). 1973 unterzeichnete das Land ein Freihandelsabkommen mit den Staaten der EWG, und im Jahre 1986 wurde Finnland Vollmitglied der EFTA. 1992 bewarb sich das Land um die EU-Mitgliedschaft. In einem 1994 abgehaltenen Volksentscheid sprachen sich 57 % der Finnen für den EU-Beitritt ihres Landes aus. Seit Anfang 1995 ist Finnland, wie auch Schweden und Österreich, Mitglied der EU.

## 1.2 Der Linksbund

Der Linksbund und die Grünen gehören zu den mittelgroßen Parteien in Finnland mit einem Wählerstimmenpotenzial von 10 %. Die drei großen Parteien, deren Stimmenanteil bei ungefähr 20 % liegt, sind die Nationale Koalitionspartei (Konservative), die Zentrumspartei (die ehemalige Agrarunion) und die Sozialdemokratische Partei Finnlands (SDP). Weiterhin gibt es drei Parteien, die mit Wahlergebnissen zwischen 3 und 6 % im Parlament vertreten sind: die Schwedische Volkspartei (der schwedischen Minderheit), die Christdemokraten (deren Anhänger strenggläubige bis sektiererische Christen sind) und die True Finns Party (Populisten). Nicht im Parlament vertreten, aber dennoch eingetragene Partei ist unter anderem die Kommunistische Partei, die Mitte der 90er Jahre wiedergegründet wurde.

Der Linksbund entstand 1990 durch einen Zusammenschluss des Demokratischen Bundes des Finnischen Volkes (SKDL) und dessen Mitgliedsorganisation Finnische Kommunistische Partei (SKP). Um die politische Ausrichtung des Linksbundes zu verstehen, ist es wichtig, die Geschichte des SKDL zu kennen.

Der SKDL wurde im November 1944 gegründet. Dies war das Jahr, in dem Finnland einen Waffenstillstand mit der Sowjetunion

vereinbart hatte, der Krieg aber immer noch andauerte, und Finnland - im Rahmen des Waffenstillstandabkommens - Deutschland den Krieg erklärte, um dessen Truppen aus dem finnischen Teil Lapplands zu vertreiben.

Die Sozialdemokratische Partei war während der Kriegsjahre immer in der finnischen Regierung vertreten gewesen. Kritische Stimmen der Wähler gegenüber der Partei wurden laut, als Finnland im Rahmen des Krieges die alten Staatsgrenzen überschritt und sowjetisches Gebiet besetzte. Viele schenken der offiziellen Darstellung, Finnland kämpfe einen Separatkrieg, keinen Glauben. Vielmehr schien es, als würde Finnland nach und nach vollständig zu einem Verbündeten Deutschlands werden. Dies spaltete die Partei, und schon während der Kriegsjahre entstand eine deutlich spürbare Opposition für den Frieden innerhalb ihrer Reihen.

Währenddessen erhielt die SKP, die bis dahin in der Sowjetunion den Status einer Emigrantepartei und in Finnland den einer illegalen Untergrundpartei hatte, im Rahmen des Waffenstillstandabkommens die rechtliche Erlaubnis, offiziell politisch aktiv zu werden. Die Mitgliedszahl war gering, aber durch die allgemeine politische Lage gewann die Partei an Ansehen.

In dieser Situation entschlossen sich die beiden Gruppierungen, die oppositionellen Kräfte innerhalb der Sozialdemokratischen Partei und die SKP, sich zusammenzuschließen. So entstand der SKDL als neue Partei. Etwa 100 Parteiverbände verließen die SDP und schlossen sich dem SKDL an. Zusätzlich entstanden im ganzen Land sehr schnell neue Verbände, und bei den Parlamentswahlen im darauffolgenden Jahr verfügte die Partei bereits über ein überregionales Netzwerk von Grundorganisationen. Bei den Wahlen im Jahr 1945 gelang der neu gegründeten Partei mit 23,5 % der Stimmen und 50 von 200 Sitzen ein überzeugender Durchbruch. Damit lag der SKDL in der Wählergunst nur wenig hinter der SDP mit ihren 25,1 %. Innerhalb der SDP, die in den letzten Wahlen in Friedenzeiten vor dem Kriegsjahr 1939 noch 39,8 % der Stimmen erhalten hatte, war es somit zu einem deutlichen Bruch gekommen.



Die SKP wurde als kollektive Mitgliedsorganisation in den SKDL eingebunden und begann ebenfalls, ihr eigenes lokales Netzwerk von Basispartezellen aufzubauen. Es gab keinerlei Beschränkungen für Mitglieder von SKDL-Verbänden, den Partezellen der SKP beizutreten. Umgekehrt war dies ebenfalls möglich. 1960 hatte die SKP etwa 40.000 und der SKDL etwa 60.000 Mitglieder, von denen ca. 8.000 Mitglied in beiden Netzwerken waren.

In den 50er Jahren setzte sich nicht nur in der Presse, sondern auch in den politologischen und politikgeschichtlichen Fachbereichen der Universitäten der Trend durch, den SKDL als die kommunistische Partei Finnlands zu bezeichnen. Das war sehr irreführend und bedauerlich. Der SKDL war und blieb eine reine Koalition von Sozialisten und Kommunisten.

In den 60er Jahren wird deutlich, wie schwierig es für die SKP geworden war, als Kaderpartei innerhalb des SKDL zu wachsen. 20 Jahre lang war die offizielle gesellschaftliche Plattform der SKP die des Gemeinschaftsbündnisses gewesen. Insbesondere die sowjetisch beeinflusste kommunistische Ideologie war den meisten SKP-Anhängern fremd und fragwürdig geblieben. Dieser Umstand führte letztendlich dazu, dass auf dem Parteitag der SKP 1966 der Parteivorsitzende abgelöst und ein Zentralkomitee gewählt wurde, das sich mehrheitlich der Moskauer Führung sowohl in ideologischen als auch politischen Angelegenheiten widersetzte. Es wurde sofort mit dem Entwurf eines neuen, demokratischen Parteiprogramms begonnen, das auf dem nächsten Parteitag 1969 verabschiedet wurde. Bei diesem Kongress kam es auch zum endgültigen Bruch innerhalb der SKP, als die treuen Verfechter der Moskauer Linie bei der Diskussion und anschließenden Verabschiedung des Parteiprogramms den Kongress verließen. Die SKP war eurokommunistisch geworden, bevor der Begriff überhaupt erfunden wurde.

Unter anderen geopolitischen Umständen hätte dieser Bruch bereits in den frühen 70er Jahren sehr schnell zu einer formalen Trennung

der beiden Flügel und sehr wahrscheinlich zur Bildung einer Partei wie dem Linksbund (oder der Weiterführung der Partei unter dem Namen SKDL, allerdings als Einheitspartei) geführt. In Finnland allerdings, wo alle Parteien der offiziellen Freundschaftspolitik mit der Sowjetunion folgten und gute Beziehungen mit dem großen Nachbarn pflegen wollten, war dies nicht möglich. Auch muss hierbei bedacht werden, dass der SKDL ursprünglich mit der Absicht gegründet worden war, eine Politik der Freundschaft zur Sowjetunion zu kultivieren. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) wies die streitenden Flügel der SKP an, sich nicht zu trennen, offensichtlich in der Hoffnung, dass sich die Wogen wieder glätten würden. Dazu kam es aber nie, und diese Struktur blieb 20 Jahre lang in ihrer ungesunden Form erhalten.

Der Bruch innerhalb der SKP schlug sich sofort in den Wahlergebnissen des SKDL nieder. Bei den Wahlen im Jahr 1970 fiel die Wählerunterstützung erstmals unter 20 %. Das Ergebnis von 16,6 % (- 4,6 %) spiegelt auch die Reaktion der Öffentlichkeit auf den sowjetischen Einmarsch in der Tschechoslowakei wider. Auch die Sozialdemokraten, die auf 23,4 % der Stimmen kamen, erhielten einen Denkkzettel und verloren 3,8 %. Die Konservativen in der Rolle der Opposition gewannen 4,2 Prozentpunkte dazu und kamen auf 18 %. Die Zentrumsparlei, die ursprüngliche Partei von Präsident Kekkonen und immer in der Regierung vertreten, fiel ebenfalls zum ersten Mal seit 1919 unter die 20-Prozent-Marke und kam nur auf 17,1 % (- 4,1 %).

Die Wählerunterstützung für den SKDL blieb dann während der 70er Jahren recht stabil. Einen sichtbaren Einbruch gab es bei den ersten Wahlen der 80er Jahre, der vielleicht darauf zurückzuführen war, dass die marxistische Linke ihren langjährigen Reiz verloren hatte. Die Partei erreichte 1983 nur 13,5 % der Stimmen, was einen Rückgang um 4,4 Prozentpunkte bedeutete. Dieser negative Trend setzte sich in den nächsten Wahlen im Jahr 1987 fort, wo der SKDL nur auf 9,4 % kam. Dies war ein Verlust von 4,1 Prozentpunkten, was fast genau dem Wahlergebnis der

Grünen entsprach (4,0 %), die zum ersten Mal bei Parlamentswahlen an den Start gegangen waren.

Es gibt einige allgemeine Beobachtungen, die in den 70er und 80er Jahren als den letzten beiden Jahrzehnten der Existenz des SKDL gemacht werden können. Die Kandidaten der Parteimehrheit (Sozialisten und die Kommunistenmehrheit) erreichten sowohl bei Parlamentswahlen als auch bei Kommunalwahlen immer ungefähr 80 % der Stimmen. Die verbleibende Minderheit erreichte regelmäßig Ergebnisse um die 20 %. Da die SKP immer eine Kaderpartei blieb und niemals eigenständig an Wahlen teilnahm, blieb der Kommunismus für die breite Öffentlichkeit ein fremdes und undurchsichtiges Konzept (für die meisten Menschen angsteinflößend, für einige jedoch verlockend). Vielleicht erklärt die Tatsache, dass der „wahre“ Moskau-orientierte Kommunismus und die SKP als dessen Träger ins Abseits gestellt und von der Mehrzahl der Parteimitglieder verachtet wurde, warum die radikale Studentenbewegung der frühen 70er Jahre von ihm angezogen war. Es war ein international eigenartiges Phänomen, dass sich diese Form des Kommunismus an den finnischen Universitäten so weit verbreitet hatte. In anderen Ländern gab es den romantischen Maoismus oder Trotzismus, doch nirgendwo (oder nur zu einem ganz geringen Grad) gab es romantischen Stalinismus. Die Vorherrschaft eines extremen kommunistischen Radikalismus unter Studenten in den 70er Jahren hinterließ viele Wunden in der finnischen Gesellschaft, die sich bis heute noch im intellektuellen Leben Finnlands finden lassen.

In den späten 80er Jahren verschwanden die letzten Hindernisse für eine endgültige Verschmelzung von SKDL und SKP. Der Kommunismus in seiner klassischen Form (mit der Idee einer Partei der Avantgarde, die ihr Recht auf Führung dadurch erworben hat, dass sie die Wahrheit über den Lauf der Geschichte kennt) hatte all seine Glaubwürdigkeit verloren, teils durch den verhassten kommunistischen Radikalismus unter Studenten in den 70er Jahren, teils durch die rasanten neuen Entwicklungen in der Sowjetunion (Perestroika und Glasnost). Die KPdSU hörte auf, den künstlichen

Druck auf die SKP aufrechtzuerhalten, um die beiden Flügel der Partei zusammenzuhalten. Bereits seit den 60er Jahren hatten die beiden Flügel der SKDL-Parteimehrheit (die Sozialisten und die Kommunisten) viele positive Erfahrungen bezüglich einer sehr engen politischen Zusammenarbeit gemacht, und die unterschiedlichen ideologischen Auffassungen wurden letztendlich als unbedeutsam eingestuft.

Dies alles bildete die Grundlage, auf der die neue Einheitspartei „Linksbund“ gegründet wurde. Das Treffen zur Parteigründung fand 1990 statt. Der neuen Partei durften alle alten SKDL-Ortsverbände und SKP-Parteizellen beitreten. Es wurde eine kurze Grundsatzklärung angenommen, jedoch wurde der Entwurf eines neuen Parteiprogramms bewusst auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Das Programm wurde auf dem Parteitag 1995 lebhaft diskutiert. Dort entstand auch die Idee einer „Dritten Linken“. Auf dem nächsten Parteitag 1998 wurde das Programm dann verabschiedet. Es trägt den Titel „Die Gesellschaft der Freiheit, Demokratie und nachhaltigen Entwicklung“. Das Prinzip der neuen Dritten Linken, über das sich der Linksbund identifiziert und deren aktiver Teil er sein möchte, ist in das Programm miteingearbeitet.

Gemäß der Philosophie der Dritten Linken war die Erste Linke die Liberale Linke des späten 18./frühen 19. Jahrhunderts, also die Linke der Französischen Revolution. Die großen und bleibenden historischen Errungenschaften der Ersten Linken waren die Konzepte der Souveränität des Volkes, der Bürger- und Menschenrechte und der Demokratie. Die Zweite Linke war die Sozialistische Linke. Geschichtlich kann sie zwischen 1889 und 1989 eingeordnet werden, mit der Gründung der Zweiten Internationalen und dem Fall der Berliner Mauer. Den sozialen Grundpfeiler dieser Zweiten (Sozialistischen) Linken bildete die Arbeiterklasse (womit jahrzehntelang überwiegend Industriearbeiter gemeint waren). Die anhaltende Errungenschaft der Zweiten Linken war der Gedanke eines Wohlfahrtsstaates (oder eines sozialen Dienstleistungsstaates, im Gegensatz zu der des

Nachtwächterstaates des Liberalismus) als grundlegende Voraussetzung für eine funktionierende und legitime moderne Demokratie. Die Zeit der Zweiten Linken war zudem geprägt von heftigen internen Auseinandersetzungen zwischen reformorientierten Sozialisten und Kommunisten.

Die Dritte Linke setzt sich im Idealfall zusammen aus Liberalen, für die die Menschen- und Bürgerrechte sowie Demokratie wichtig sind, und aus Sozialisten, die die gleichen Werte teilen. Deswegen umschließt das Konzept der Dritten Linken auch eine strategische Perspektive in Bezug auf politische Bündnisse und Mehrheitsbildung. Die neuen Herausforderungen der Parteien der Dritten Linken sind beispielsweise die zunehmende Automatisierung von Produktionsverfahren, was eine Umstrukturierung der Arbeiterklasse zur Folge hat, sowie die große Angst vor Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit großer Bevölkerungsschichten und die zunehmende und rasch um sich greifende Globalisierung, die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch zu einem großen Teil kulturell vonstatten geht. Der Nationalstaat, wie er während der ganzen Zeit der Zweiten Linken existierte, ist demnach nicht mehr das fast einzige politische Forum, in dessen Rahmen linke Parteien operieren. Wichtige politische Prozesse finden staatsgrenzenüberschreitend statt. Diese Tatsache verlangt von den linken Parteien, sich unbedingt einer internationalen Zusammenarbeit in einer ganz neuen Dimension zu stellen.

In den zwei Legislaturperioden von 1995 bis 2002 war der Linksbund gemeinsam mit den Sozialdemokraten (die in dieser Zeit den Ministerpräsidenten stellten), den Konservativen, den Grünen und der Schwedischen Volkspartei Teil einer „Regenbogen-Regierung“. Bei den Parlamentswahlen im März 2003 erhielten die Sozialdemokraten einige Stimmen weniger als die Zentrumsparterie, die bis dahin die größte Oppositionspartei war. In der neuen Regierung stellt die Zentrumsparterie nun den Ministerpräsidenten, mit den Sozialdemokraten und der Schwedischen Volkspartei als Koalitionspartner. Sowohl der Linksbund als auch die Grünen

gingen in die Opposition, obgleich sich beide Parteien bereitwillig den Regierungsparteien angeschlossen hätten.

## 2. Der Linksbund und die Europäische Union

### 2.1 Der Volksentscheid von 1994 rettete das Gesicht des Linksbundes

Die finnische Regierung beschloss im Jahre 1992, sich um die EU-Mitgliedschaft zu bewerben. Die Beitrittsbedingungen wurden 1993 ausgehandelt, und 1994 wurde ein Volksentscheid über den Beitritt durchgeführt. In den Reihen des Linksbundes waren die Meinungen zu dem Thema geteilt. Der Großteil der Parteiführung und die meisten Mitglieder der Fraktion waren mehr oder weniger für einen Beitritt. Das Problem war jedoch, dass die Parteianhänger alle einstimmig dagegen waren.

Die Reaktion der Parteianhänger war eine Art bedingter Reflex und entsprach ihrem gewohnten Denken. Jahrelang war ihnen erzählt worden, dass die EG/EU zu „pro-westlich“ und demnach eine für Finnland gefährliche Organisation sei, wollte das Land seine neutrale Rolle zwischen Ost und West nicht aufgeben. Eine weitere Lektion war gewesen, dass die EG/EU einen staatsübergreifenden Kapitalismus verfolge und auch deswegen eine gefährliche Organisation sei. Und die dritte Lektion war, dass gerade wegen ihres staatsübergreifenden Charakters die EU uns Finnen unsere nationale Souveränität und Unabhängigkeit wegnehmen werde. Unter den Anhängern der Sozialdemokraten und der Grünen herrschte ursprünglich eine sehr starke ähnliche Meinung. Da aber die Führungsspitze der Sozialdemokraten so uneingeschränkt ihre befürwortende Einstellung vertrat, verlagerte sich die Meinung der Parteianhänger bis zum Volksentscheid ebenfalls zu einem recht einstimmigen „Ja“ für einen Beitritt.

Die Tatsache, dass die Anhänger des Linksbundes eher negative Gefühle gegenüber der europäischen Integration und Finnlands Einbindung in die EU hegten, gab den EU-Gegnern in den Reihen der

Partei die Möglichkeit, sich recht lautstark zu dem Thema zu äußern. Die Entscheidung der Regierung, einen Volksentscheid durchzuführen, kam dem Linksbund sehr gelegen, da er dadurch keine klare Stellung in der Angelegenheit ergreifen musste. Es wurde seitens der Partei nur entschieden, dass sie das Ergebnis des Volksentscheids ohne Einschränkung respektieren würde. Im Volksentscheid entschieden sich 57 % der Finnen für den EU-Beitritt. Nur 24 % der Linksbund-Anhänger sprachen sich dafür aus. Es gab sogar mehr Anhänger von der Zentrumspartei (36 %), die mit „Ja“ votierten; und dabei standen in der Landwirtschaft sehr wesentliche Werte auf dem Spiel.

Einer Meinungsumfrage zufolge, die letztes Jahr veröffentlicht wurde, haben sich die Meinungen sowohl der Wähler des Linksbundes als auch der der Zentrumspartei in der Zwischenzeit kaum „aufgeweicht“. Auf die Frage, wie man jetzt Finnlands EU-Mitgliedschaft sehen würde, hatten 48 % der Anhänger des Linksbundes sowie 44 % der Zentrumspartei-Wähler immer noch eine negative Einstellung, während der nationale Durchschnitt diesbezüglich bei 31 % liegt. Der Linksbund und die Zentrumspartei sind (unter den großen und mittelgroßen Parteien) somit die einzigen Parteien, deren Anhänger überdurchschnittlich negativ eingestellt sind. Bei den Sozialdemokraten und den Konservativen liegt die Zahl der Europa-Gegner bei ungefähr 15 %. Bei den Grünen war der Meinungsumschwung beträchtlich; nur noch 23 % äußern sich negativ (beim Volksentscheid 1994 waren es noch 45 %). Eine negative Einstellung gegenüber der EU heißt jedoch nicht unbedingt, dass man sich von der EU lossagen will. Nur 24 % der finnischen Bevölkerung wäre jetzt für einen Austritt aus der EU.

Betrachtet man die allgemeine öffentliche Meinungsentwicklung vor dem Volksentscheid, so stellt man fest, dass bereits 1987 ca. 40 % der Finnen für einen EU-Beitritt waren. Diese Haltung hat sich seitdem auch nicht grundlegend geändert. Es war ein langsamer Anstieg der Befürworter zu verzeichnen, der mit 50 % im

Jahre 1992 seinen Höhepunkt erreichte. In diesem Jahr entschied die Regierung, die EU-Mitgliedschaft zu beantragen.

Im Jahre 1987 war die Zahl derjenigen Finnen, die „Nein“ zur EU sagten, mit 10 % sehr niedrig, während 50 % „keine Meinung“ hatten. 1992 war die Zahl der Gegner auf 35 % gestiegen, während die Zahl der Unentschlossenen auf 15 % zurückgegangen war. Als im darauffolgenden Jahr die Volksentscheidkampagne richtig startete, wurde es sehr interessant: Befürworter und Gegner lagen Kopf an Kopf mit je 40 % im Rennen, und die Zahl der Unentschlossenen war leicht angestiegen auf 20 %.

Betrachtet man die verschiedenen politischen Bereiche, so ist die Landwirtschaft der einzige Bereich, der immer (und nicht nur von den Bauern selber) als derjenige angesehen wurde, der unter einer EU-Mitgliedschaft leiden würde. Bei allen anderen Bereichen gingen die Meinungen auseinander. Von der Linken aus betrachtet waren die interessantesten Gebiete die Einschätzung der Beitrittsauswirkungen z. B. auf die Beschäftigungssituation, auf die Höhe des Einkommens, auf die soziale Sicherheit und die Besteuerung. Auch wurden die positiven Erfahrungen, die Finnland hinsichtlich seiner internationalen Neutralitätspolitik und seiner aktiven Rolle in der Sicherheitspolitik gemacht hatte, mit in die sehr leidenschaftliche Debatte der Linken einbezogen.

In anderen skandinavischen Ländern hat sich eine linke „Dialektik“ herauskristallisiert, die besagt, dass die kleineren sozialistischen Parteien Nutzen aus der allgemeinen negativen und zurückhaltenden Haltung der Öffentlichkeit zu ziehen, wenn die Sozialdemokraten eine positivere Haltung gegenüber einer EU-Integration an den Tag legen. Die sozialistischen Parteien wollten sich als Verfechter des nordischen Wohlfahrtskonzepts profilieren, und zwar in einer Zeit, da der Wohlfahrtsstaat durch die Integration als bedroht angesehen wurde. Der Linksbund Finnlands wollte aus zweierlei Gründen nicht in diese „Dialektik“ verfallen: erstens aus pragmatischem Realismus, und



zweitens aufgrund der parteiinternen Einschätzung des Globalisierungsphänomens.

Als pragmatischen Realismus kann man die Bewertung der Situation sowohl seitens der breiten Öffentlichkeit als auch insbesondere innerhalb der Gewerkschaftsbewegung sehen. In Finnland ist die Denkweise tief verwurzelt, dass alles, was gut für die Wirtschaft ist, auch gut für die arbeitende Bevölkerung ist. Die EU-Mitgliedschaft war ursprünglich von der Wirtschafts- und Geschäftswelt des Landes befürwortet worden. Es gab nur wenige schwache Stimmen, die davor warnten, dass sich Finnlands Exportgeschäfte mit Ländern, die den Dollar (und das englische Pfund) als Währungseinheit haben, schwierig gestalten könnten. Die meisten Wirtschaftsvertreter waren jedoch der Meinung, dass ein EU-Beitritt für die finnische Wirtschaft in Bezug auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit die richtige Entscheidung wäre. Zu Beginn der 90er Jahre war die finnische Wirtschaft sehr plötzlich in eine tiefe Rezession gefallen, die zu einer ungewöhnlich hohen Arbeitslosigkeit geführt hatte. Deswegen war das Argument, die EU-Mitgliedschaft sei gut für die Wirtschaft, auch für die linken Parteien sehr überzeugend. Insbesondere bei Gewerkschaftsmitgliedern fand das Argument Gehör. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Finnland ist sehr hoch, und die Gewerkschaften haben großen Einfluss auf die öffentliche Meinung und Diskussion.

Für die Partei musste die Diskussion um die europäische Integration deswegen vor allen Dingen vom wirtschaftlichen Standpunkt aus geführt werden. Die Europäische Union wurde korrekterweise hauptsächlich als Zollunion, dann als Freihandelszone und zu guter Letzt als Binnenmarkt gesehen. Die erste Frage, die es zu beantworten galt, war: Ist diese wirtschaftliche Integration aufzuhalten? Die Antwort darauf lautete: Nein. Zudem war dies auch nicht wünschenswert. Der Integration zugrunde liegen Fortschritte in Wissenschaft und Technik, die immer mehr Produktivität mit sich bringen, was de

facto nicht schlecht ist. Die Frage ist nur, wer von dieser Modernisierung und Globalisierung profitieren wird.

Das Wohlfahrtsmodell der nordischen Länder stützte sich auf zwei Pfeiler: erstens auf einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad und alte Traditionen in Bezug auf verbindliche Vereinbarungen mit den Gewerkschaften in den Bereichen Einkommen und Arbeitsbedingungen, und zweitens auf den Wohlfahrtsstaat, d. h., dass öffentliche Einrichtungen (staatliche und kommunale Behörden und auch einige besondere Einrichtungen z. B. für Rentengelder) sich um fast alle Sozialleistungen kümmern. Dieses Modell wurde innerhalb sehr eigenständiger Bestimmungen des Nationalstaates errichtet. Unter den neuen Bedingungen der Integration, bei denen die Souveränität des Nationalstaates nicht mehr durch Zollbestimmungen und Abwertung der Währung geschützt werden kann, stellt sich die Frage: Kann das Wohlfahrtsmodell auf einer supranationalen Ebene angewendet werden? In philosophischer, ideologischer und moralischer Hinsicht ist diese Frage von noch größerer Wichtigkeit, wenn man heute Zeuge wird, wie die Welt immer kleiner wird. Und zwar nicht nur durch den verstärkten internationalen Handel, sondern auch durch ein neues internationales und globales Bewusstsein, das durch eine sich rasant ausbreitende Massenkommunikation gefördert wird.

Die Fragen sehen dann plötzlich so aus: Kann der Nationalstaat überhaupt noch als einziges politisches Forum verteidigt werden, in dem Demokratie und Wohlfahrt möglich sind? Bewegen wir uns nicht in eine Zeit, in der wir supranationale politische Foren schaffen müssen, um das Modell des Wohlfahrtsstaates zu verteidigen und voranzutreiben? Kann das demokratische Entscheidungsmodell auf supranationale Foren übertragen werden? Oder ist das Konzept der Demokratie von Natur aus nur im Rahmen eines Nationalstaates denkbar?

Die Antwort des Linksbundes, insbesondere im Hinblick auf die EU, lautet, dass diese nicht mehr nur als ein wirtschaftliches Projekt angesehen werden kann. Die EU muss politisch ausgebaut

und in ein neues demokratisches Politikforum umgewandelt werden. Dies scheint der einzige Weg zu sein, traditionelle linke Werte unter den modernisierten Gegebenheiten zu vertreten und zu schützen.

Aber das Dilemma zeigte sich im Jahr des Volksentscheids. Die Einstellung der Wählerschaft stand nicht im Einklang mit der politischen Haltung der Partei. Zu einem großen Teil ist dieses Dilemma bis heute bestehen geblieben.

## 2.2 Meinungsentwicklung nach dem Volksentscheid

Während der Verhandlungen über einen möglichen Beitritt Finnlands zur EU gaben nur etwa 20 % der befragten Finnen an, sie seien überhaupt nicht an Informationen und Artikeln zu Finnlands EU-Mitgliedschaft interessiert. Nach dem Beitritt des Landes stieg diese Zahl auf 40 % und damit dramatisch an. Die Zahl derjenigen, die mit der Medienberichterstattung und dem Erhalt anderer Informationen über die EU zufrieden sind, ist seit 1992 (18 %) stetig Jahr um Jahr gestiegen und liegt nun bei 50 %.

Bei einer kürzlich geführten Umfrage, bei der es um die allgemeinen Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf das Land ging, wurden mehr positive als negative Auswirkungen gesehen. Einige der negativen Bewertungen wiegen allerdings besonders stark. Beispielsweise herrscht die allgemeine Meinung, dass der landwirtschaftliche Sektor sehr gelitten hat (71 %), dass es jetzt mehr Bürokratie als vorher gibt (67 %), dass die Kriminalität angestiegen ist (54 %) und dass unser Land einiges an seiner nationalen Selbstbestimmung verloren hat (58 %).

Positive Auswirkungen werden z. B. im Bereich des Außenhandels (45 % positiv, 5 % negativ), der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung (31 % positiv, 6 % negativ), der Zinssätze (39 % positiv, 7 % negativ), im Bereich Wissenschaft und Forschung (28 % positiv, 2 % negativ) und sogar im Umweltschutz (31 % positiv, 13 % negativ) gesehen.

In den meisten Bereichen sehen die Menschen jedoch keinerlei nennenswerten positiven oder negativen Auswirkungen, doch wenn überhaupt, dann überwiegen die negativen gegenüber den positiven Einschätzungen. Zu den meist neutral eingeschätzten Bereichen gehören unter anderem Bildung (66 % sehen keine Veränderung), Kultur (64 %), Finnlands Beziehungen zu Russland (65 %), die Zusammenarbeit der nordischen Länder (54 %), die Gleichstellung der Geschlechter (74 %), allgemeine Arbeitsbedingungen (68 %), der eigene Lebensstandard (68 %) und sogar der Grad der Besteuerung (67 %).

Besonders interessant sind die Antworten in Hinblick auf Finnlands sicherheitspolitische Situation. 50 % der Befragten sehen überhaupt keine Änderung, 23 % sehen eher positive und 13 % eher negative Auswirkungen auf diesen Bereich durch Finnlands EU-Mitgliedschaft.

Als man diese aktuellen Umfrageergebnisse mit den Erwartungen aus dem Jahre 1994 verglich, gab es in einigen Bereichen positive Überraschungen, insbesondere im Bereich der sozialen Sicherheit, bei Finnlands Beziehungen zu Russland, im Gesundheitswesen, bei der Geschlechtergleichstellung, der Qualität der Lebensmittel und den Zinssätzen. Überraschend negativ im Vergleich dazu fielen die Meinungen über das Preisniveau von Lebensmitteln und das Preisniveau im Allgemeinen, über die Position von Unternehmen und den Außenhandel aus. Dort, wo es den Umfragen zufolge positive Überraschungen gab, herrschten ursprünglich ungerechtfertigte Ängste vor. Im Gegensatz dazu war die Erwartungshaltung in den Bereichen, die negative Überraschungen in der Umfrage hervorbrachten, zu hoch gewesen.

Sowohl bei den Anhängern der Sozialdemokraten als auch bei denen der Konservativen hat sich die allgemeine Einstellung hinsichtlich der EU nach dem Volksentscheid kaum geändert. Die Zahl der EU-Gegner ist mit 16 bzw. 14 % in beiden Parteien sehr niedrig, während die Zahl der Befürworter bei beiden über 50 %

(52 bzw. 62 %) liegt. Zählt man zu letzterem Wert noch die Zahl derjenigen hinzu, die sich neutral geben, so haben die Anhänger beider Parteien mit 82 bzw. 86 % eine insgesamt sehr positive Haltung gegenüber der EU.

Bei der Zentrumsparterie, den Grünen und dem Linksbund dagegen hat sich die Haltung der Anhänger verändert. Darf man den Zahlen Glauben schenken, so herrscht bei all diesen Gruppierungen jetzt eher eine allgemeine Akzeptanz als eine Ablehnung der EU. Addiert man die Zahl der Befürworter mit der der Neutralen und nimmt diese als die Gesamtzahl der allgemeinen Befürworter, so erhält man folgende Verteilung: Zentrumsparterie 56 %, die Grünen 76 % und der Linksbund 50 %. Dabei ist der Vergleich zwischen Grünen und Linksbund am interessantesten. Die Entwicklung hin zu einer positiven Haltung gegenüber der EU war bei den Anhängern der Grünen viel rasanter als bei denen des Linksbundes. Dies lässt sich meiner Meinung nach mit den Persönlichkeiten der Politiker erklären, die die jeweiligen Parteien im Europäischen Parlament vertreten. Die Grünen hatten jeweils immer zwei Vertreter, die seit den Parlamentswahlen 1995 als Abgeordnete in den beiden Europa-Parlamenten saßen. Der Linksbund dagegen hatte in der ersten Legislaturperiode nach den Wahlen noch zwei Europaabgeordnete, jetzt sitzt nur noch einer im Europa-Parlament. Während die Abgeordneten der Grünen äußerst vehemente (und sehr populäre) EU-Befürworter sind, hat der eine Vertreter des Linksbundes, der mit einem sehr großen Stimmenanteil beide Male gewählt worden war, als Einziger der insgesamt 16 finnischen Europaabgeordneten immer eine sehr kritische und negative Haltung gegenüber der EU an den Tag gelegt.

### 2.3 Perspektiven für die Zukunft

Spricht man nicht direkt über die finnische Mitgliedschaft in der EU, sondern über die EU als Institution, ist die Haltung der Finnen zwiespältig. Eine der jährlichen Meinungsumfragen diesbezüglich enthält die Aussage: „Obgleich die EU ihre Probleme hat, so ist sie doch die einzige Kraft, die die Entwicklung in

Europa steuern und vorantreiben kann.“ Seit 1993 ist als Antwort darauf fast immer die gleiche prozentuale Aufteilung zu erkennen: Etwa 35 % stimmen der Aussage zu, ca. 35 % stimmen ihr nicht zu, und 30 % haben keine Meinung.

Die richtige Interpretation dieses Ergebnisses ist meiner Meinung nach, dass der nationale Rahmen als Anhaltspunkt immer noch selbstverständlich und ganz natürlich für die Menschen ist. Es überfordert die meisten Leute, wenn sie supranationale Institutionen bewerten sollen. Genau in dieser Tatsache liegt die positive Herausforderung für die linksdemokratischen Parteien Europas. Es gibt ihnen die Möglichkeit, eine neue attraktive Form der Politik zu gestalten. Würden alle linksdemokratischen Parteien gemeinsam eine klare und programmatisch befürwortende Antwort auf die obige Aussage finden, so würde dies eine neue und überzeugende Grundlage für eine frische politische Vorgehensweise des linken Flügels in Europa schaffen. Eine grundlegende gemeinsame Übereinstimmung ist notwendig, da eine überzeugende Politik der europäischen Linken nur von einer allgemeinen europäischen Plattform aus geführt werden kann, die in mehreren Mitgliedstaaten der EU Unterstützung findet.

Der 1. Mai 2004 wird die EU sehr verändern. Die Erweiterung der Union führt zu einer neuen politischen Situation. Innerhalb des Linksbundes können wir mit der Haltung unserer Anhänger in Bezug auf die Erweiterungsfrage sehr zufrieden sein. Nur 28 % stimmten folgender Aussage nicht zu: „Obgleich die Erweiterung der EU Richtung Osten Ausgaben mit sich bringt, so ist ihre Realisierung sowohl politisch als auch moralisch notwendig.“ Die Erweiterung wurde von 72 % der Anhänger befürwortet (davon sprachen sich 38 % ausdrücklich dafür aus, und 34 % hatten keine Meinung). Diese Zahlen lagen somit fast genau im nationalen Durchschnitt.

In der erweiterten EU werden jedoch politische Fragen hinsichtlich der Werte des klassischen Sozialismus, der Arbeiterklasse und der Linken im Allgemeinen nicht verschwinden. Vielmehr werden noch mehr Fragen auftreten, insbesondere zu

Werten wie Gleichheit und Solidarität. Politisch gesehen fallen diese Fragen gleichzeitig in viele verschiedene Bereiche wie Beschäftigung, Einkommen, Besteuerung, Bildung, Gesundheitswesen, soziale Dienstleistungen usw. Zudem gibt es viele „neue Fragen“ in Bereichen wie Umweltschutz, Gleichstellung der Geschlechter, Kultur usw. Es ist wichtig zu verstehen, dass die EU nicht nur ein kapitalistisches Binnenmarktprojekt ist, sondern auch zu einem demokratischen Projekt werden kann und muss, das die Interessen der Bürger verfolgt. Wäre es nicht möglich, aus diesem Verständnis heraus einen Entwurf für ein gemeinsames europaweites (EU-weites) Aktionsprogramm zu erarbeiten?

Dies würde natürlich unweigerlich zu Vorschlägen oder Forderungen führen, die „demokratischen Defizite“ der derzeitigen EU-Struktur zu verringern. Dies wiederum führt zweifellos zu allgemeineren Fragen über die Voraussetzungen für Demokratie in der neuen Ära der intensiven Globalisierung. In Europa leben heute ca. 350 Mio. Menschen, aber außerhalb Europas leben noch einmal Abermillionen und Milliarden. Die wichtigste Frage für uns als Europäer ist, falls die EU politisch betrachtet ein internationaler Akteur ist, was für eine Rolle spielt sie dann im Zeitalter der Globalisierung?

Eine Diskussion, an der sich der Linksbund sehr aktiv beteiligt, ist die zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Wir gehen davon aus, dass man die Konzepte „Verteidigung“ und „internationales Krisenmanagement“ klar voneinander trennen muss. Wir können „Verteidigung“ im Rahmen von gegenseitigen Sicherheitsgarantien nicht als besonders relevant für die Staaten im heutigen Europa ansehen. Deswegen befürworten wir auch Finnlands offizielle Nichtmitgliedschaft in militärischen Bündnissen. Es gibt kein Sicherheitsdefizit, das durch Finnlands Beitritt zu einem militärischen Bündnis verringert werden würde. Auch sind wir (wie Finnland offiziell) gegen die Bildung eines militärischen Bündnisses (mit gegenseitigen Sicherheitsgarantien) innerhalb der EU. Die NATO

als langjährige Institution kann allen Ansprüchen der EU-Mitgliedsstaaten in diesem Bereich gerecht werden.

Was unserer Meinung nach wichtig ist, sind die allgemeinen Fähigkeiten der EU im internationalen Krisenmanagement. Wir gehen von der Überzeugung aus, dass die EU in diesem Bereich viel verlässlicher ist, wenn das primäre Ziel der militärischen Zusammenarbeit eine Gewährleistung dieser Fähigkeiten ist und Fragen der „Verteidigung“ an sich (in diesem Fall gegenseitige militärische Sicherheitsgarantien) im Rahmen eines anderen Forums behandelt werden. Auch sind wir davon überzeugt, dass Krisenmanagement niemals primär eine militärische Operation, sondern vielmehr eine zivile Operation ist, bei der unter anderem diplomatische, politische und wirtschaftliche Bemühungen im Vordergrund stehen. Aus diesem Grund möchten wir auf die besondere Bedeutung hinweisen, die die Entwicklung von Fähigkeiten und Strukturen der EU für das zivile Krisenmanagement hat.

Auch würden wir gerne die europäische Außen- und Sicherheitspolitik als einen Bereich sehen, dem die linksdemokratischen Parteien der Europäischen Union gemeinsames Interesse entgegenbringen.